



Kommunen in Not!

Schluss mit der Verwaltung des Mangels! Für eine solide Finanzausstattung der Kommunen um soziale und demokratische Teilhabe wirksam umzusetzen!

Finanznot der Kommunen ist nicht hausgemacht!

Bund und Länder tragen Hauptverantwortung für sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben!

Die Finanzlage vieler Städte, Gemeinden und Landkreise ist alarmierend. Viele Kommunen befinden sich am Rande des Bankrotts. Das Fundament des Staates gerät ins Wanken, wenn sich an der Finanzausstattung der Kommunen nicht grundlegend etwas ändert.

2009 hatten Bund, Länder und Kommunen erhebliche Steuerverluste. Den stärksten Einbruch ihrer Steuereinnahmen – um gut 10 Prozent – mussten die Kommunen hinnehmen. Das Minus betrug 7,1 Milliarden Euro. Besonders stark stürzten dabei die Gewerbesteuererinnahmen ab, um 17,4 Prozent. Viele Städte erlitten dramatische Einnahmeverluste von mehr als 40 Prozent.

Für 2010 befürchteten die Kommunen ein Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro. Auch in den Jahren 2011 bis 2013 werden zweistellige Milliardendefizite erwartet.

Was sind die Ursachen der Krise?

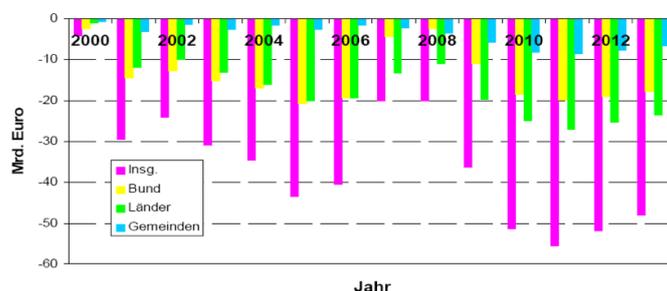
Steuersenkungspolitik und schwarz-gelbe Steuergeschenke

Hauptursache für die prekäre Lage der Kommunalfinanzen ist eine Steuersenkungspolitik beginnend unter Rot-Grün, über Rot-Schwarz bis hin zu Schwarz-Gelb. Folgen

sind eine gigantische Umverteilung von unten nach oben und Milliarden an Einnahmeverlusten für die öffentliche Hand.

Durch die Steuergesetzgebung der rot-schwarzen Bundesregierung – und insbesondere durch zwischen November 2008 und Juli 2009 vorgenommene Änderungen – werden die Kommunen im Zeitraum von 2009 bis 2013 Mindereinnahmen von 19,846 Mrd. Euro haben.

Die steuerreformbedingten Ausfälle aufgrund von Steuergesetzesänderungen auf den verschiedenen Gebietskörperschaftsebenen seit 1998 von 2000-2013.



Quelle: Kai Eicker-Wolf und Achim Truger, Entwicklung und Perspektiven der Kommunalfinanzen in Hessen, Studie im Auftrag von ver.di Hessen, Frankfurt Februar 2010

Bund und Land geben Aufgaben zulasten der Kommunen ab

Mit der Wirtschafts- und Finanzkrise spitzt sich die Finanzlage der Kommunen weiter zu. Die bereits heute hohe kommunale Verschuldung steigt in einem für die

Existenz der Städte und Gemeinden bedrohlichem Ausmaß. Bund und Länder wälzen dennoch weitere Aufgaben und Lasten auf die Kommunen ab. Die Steuergeschenke der schwarz-gelben Regierungen werden zu einem erheblichen Teil die Kommunen aufbringen müssen, denen schon jetzt die Luft zum Atmen fehlt.

Die Sozialausgaben der Kommunen stiegen 2009 erstmals auf rund 40 Milliarden Euro – beinahe doppelt so viel wie kurz nach der Wiedervereinigung. 2010 wird ein weiterer Anstieg um fast 2 Milliarden Euro erwartet. Hinzu kommt, dass sich der Bund immer weiter aus der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben zurückzieht. Kosten der Unterkunft, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit sowie Ausbau der Kindertagesbe-

treuung – alles gesamtstaatliche Aufgaben – werden in wachsendem Maße durch die Kommunen allein finanziert.

Investitionsstau als Folge der kommunalen Notlage

Infolge des enormen Einnahmedefizits haben Kommunen immer weniger öffentliche Mittel für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Urbanistik beträgt der Nachholbedarf 700 Mrd. Euro bis 2020!

Irrwege aus der Schuldenfalle

Kommunen suchten nach Auswegen aus der Schuldenfalle. Manche dieser Lösungsansätze haben sich als Irrwege erwiesen:

Privatisierungen, Veräußerungen von öffentlichem Eigentum und Vermögen sowie Cross-Border-Leasing und Spekulationsgeschäfte spülten zwar kurzzeitig mehr Geld in die öffentlichen Kassen, hatten aber verheerende Folgen für Städte und Gemeinden. Die Kommunen begaben sich in die Abhängigkeit von Banken und Finanztransaktionsjongleuren. Dadurch verloren sie politischen Einfluss auf die formelle Gestaltung sowie die Qualität der Erbringung von öffentlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge.

DIE LINKE fordert zur Stärkung der Kommunalfinanzen:

Kommunen brauchen Stabilität, Planungssicherheit und deutlich höhere Einnahmen. Dazu bedarf es sowohl einer Steuerreform, die die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates insgesamt stärkt (z.B. Vermögens- Millionärs- sowie Transaktionssteuer) als auch eine Neuordnung der Finanzen zwischen Bund, Ländern und Kommunen wie:

- Kompensationen der Steuerausfälle, durch Abschaffung der Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder,
- kommunale Investitionszuschüsse für Kommunen aus Bundesmitteln,
- Entschuldungsfonds für strukturschwache Kommunen und Zinsmoratorium
- Gewerbesteuer zur Gemeindefinanzsteuer weiterentwickeln – alle unternehmerischen Tätigkeiten einbeziehen und Bemessungsgrundlage ausweiten
- Aufgaben nur bei angemessener Finanzausstattung an Kommunen übertragen
- Bund angemessen an der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben beteiligen
- Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu ausgestalten
- Schuldenbremse zu Lasten der kommunalen Zukunftsfähigkeit zurücknehmen
- Kommunen müssen in den Entscheidungsprozessen einbezogen werden – Einklagbares und verbindliches Mitwirkungsrecht für Kommunen ins Grundgesetz
- Public-Privat-Partnership (PPP bzw. ÖPP) ist keine Lösung für die Finanzprobleme der Kommunen
- Rekommunalisieren statt privatisieren

Fachpolitischer Ansprechpartner:

Dr. Axel Troost, MdB, Sprecher für Finanzpolitik der Fraktion Die LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin,
Telefon: + 49-30-227-71 286
Email: axel.troost@bundestag.de

Ein Schutzschirm für Kommunen!

Kontakt:

DIE LINKE. im Bundestag, Büro der Landesgruppe Sachsen
c/o linXXnet - *Politik *Kultur *Projekte
Bornaische Straße 3d, 04277 Leipzig
Telefon: + 49-341-308 11 99

www.linke-landesgruppe-sachsen.de

